



**Geschäftsführung
Gesundheitsausschuss**

Frau Gunia-Hennecken

Telefon: (0221) 221-24560

Fax: (0221) 221-22755

E-Mail: birgit.gunia-hennecken@stadt-koeln.de

Datum: 19.07.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 11.06.2013, 17:00 Uhr bis 19:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Cornelia Schmerbach SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Frank Schneider	SPD	Vertreter von RM Herrn Paetzold
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	
Frau Katrin Barion	GRÜNE	
Herr Stefan Peil	GRÜNE	
Frau Bettina Houben	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Uschi Röhrig Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Sven Kaske	auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli	GOL
Herr Dr. Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Thilo Fußén	Schwips e.V.

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-
Rhein-Erftkreis

Verwaltung

Frau Bettina Albrot

Frau Dr. Anne Bunte

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Herr Stephan Neuhoff

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

Herr Jörg Simon

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführerin

Frau Birgit Gunia-Hennecken

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold

SPD

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele

Pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Thomas Jentgens

SPD

Herr Dr. Jürgen Zastrow

CDU

Herr Robert Gaida

auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 28. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014.

SB Frau Houben bittet, in der Einladung bei Anträgen und Anfragen die jeweilige Fraktion aufzuführen. Die Verwaltung wird dies zukünftig beachten.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 2.5 und 3.1 zusammen zu behandeln.

Der Gesundheitsausschuss ist mit der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung sowie mit dem Vorschlag der Ausschussvorsitzenden einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Vortrag zu den Strukturen und Themen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Köln (PSAG)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Sachbericht aus dem Rechnungsprüfungsausschuss zu den Kosten der Feuerwehr

2.1.1 Finanzausstattung von Feuerwehr und Rettungsdienst der Stadt Köln;
Ergänzende Mitteilung zur Vorlage Nr. 0338/2013
1504/2013

2.2 Aktueller Sachstand zur Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern in Köln
hier: Anfrage der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 29. Januar 2013
1457/2013

2.3 Neues Nichtraucherschutzgesetz NRW, Ergänzung zur Mitteilung Session Nr. 1003/2013
1685/2013

2.4 Keine Kurzen für Kurze an Weiberfastnacht 2013
1788/2013

2.5 Bericht über den Abschluss des Vergleichs zum Ausgleich für zu viel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehr
1859/2013
zusammen mit 3.1

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Bericht über den Abschluss des Vergleichs zum Ausgleich für zu viel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehr
AN/0579/2013

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln (KGK)
1393/2013

5.2 Zusetzung einer Stelle Familienhebamme beim Gesundheitsamt
0837/2013

5.3 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln
4241/2012

5.4 Sirenenkonzept Köln
hier: Dritte Priorität - weiterer Ausbau
4434/2012

5.5 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
1498/2013

6 Mitteilungen

6.1 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln
1137/2013

6.2 Dokumentation der Winterhilfe 2012/ 2013 für wohnungslose Menschen
1547/2013

6.3 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Entwicklung von unterstützenden Angeboten im Regionalen Bildungsbüro für Kölner Schulen auf dem Weg zur Inklusion
1548/2013

6.4 Sicherheit bei Großveranstaltungen
Bericht der Projektgruppe
1765/2013

6.5 Legionellen im Leitungswasser in Chorweiler
2002/2013

6.6 Teilnahme an mobiler Einsatzleitung in Magdeburg

6.7 Feuer in einem Neusser Industriebetrieb

7 Mündliche Anfragen

7.1 Konsequenzen aus vermehrten Stromausfällen im Kölner Stadtgebiet

7.2 Beschäftigtenbefragung der Stadt Köln

7.3 Geschäftsführung der Kommunalen Gesundheitskonferenz

7.4 Belastung durch Elektromog am Niehler Damm

7.5 Broschüre - Gesund altern in Köln

I. Öffentlicher Teil

A. Vortrag zu den Strukturen und Themen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Köln (PSAG)

Herr Scheiblich, Sprecher der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Köln (PSAG) und Frau Dorgeloh, Sprecherin des PSAG-Arbeitskreises Erwachsenenpsychiatrie stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation die Geschichte, Struktur, Ziele und Themen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft vor.

Danach werden die Fragen von SE Herrn Dr. Theisohn und SE Herrn Steffens beantwortet.

Als kleines Dankeschön für die Unterstützung aus der Politik wird den Ausschussmitgliedern jeweils ein Resilienz-Kartenset überreicht. Das Kartenset wurde im Zuge der letzten Fachtagung des Arbeitskreises Erwachsenenpsychiatrie erstellt.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für die interessante Darstellung und für das Kartenset.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Sachbericht aus dem Rechnungsprüfungsausschuss zu den Kosten der Feuerwehr

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung und die ergänzende Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Peil regt an, in Zukunft Vergleichswerte zu ermitteln, die sich nur auf wenige Kennzahlen stützen, damit der Aufwand überschaubar bleibe.

Herr Neuhoff, Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, teilt mit, dass im Rahmen des Interkommunalen Vergleichsrings die Finanzdaten aufgrund der unterschiedlichen Ländergesetze nicht vergleichbar seien. Die vielen Kennzahlen seien für die Praxis entwickelt worden, damit ein Vergleich in den einzelnen Bereichen möglich sei.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, dass bereits an der Festlegung von aussagekräftigen Grundkennzahlen gearbeitet werde. Er schlägt vor, dass Herr Neuhoff in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses zum Thema „Kommunale Gefahrenabwehr - Aufgaben der Feuerwehr“ einen Vortrag hält. Der Vortrag soll u. a. die Ausschussmitglieder auf die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans vorbereiten, der voraussichtlich nach der Sommerpause vorgelegt werde.

Die Ausschussmitglieder danken Herrn Stadtdirektor Kahlen für das Angebot und stimmen der Vorgehensweise zu.

SB Frau Houben möchte wissen, welche Einsätze nicht abrechnungsfähig seien und ob es möglich sei, diese Einsätze in der Anzahl zu reduzieren.

Herr Rosenberger, Verwaltungsleiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, gibt hierzu an, dass beispielsweise Fehlalarme zu den nichtabrechnungsfähigen Einsätzen gehören.

RM Herr Dr. Strahl bittet die Verwaltung darum, ergänzend zur Frage von SB Frau Houben eine entsprechende Aufstellung zu erstellen, die Aufschluss darüber gibt, um welche Einsätze es sich genau handelt und welche Gründe zu einer Nichtabrechnung der Einsätze führen.

Die Verwaltung sagt die Beantwortung der Frage zur nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses zu.

2.1.1 Finanzausstattung von Feuerwehr und Rettungsdienst der Stadt Köln; Ergänzende Mitteilung zur Vorlage Nr. 0338/2013 1504/2013

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter dem TOP 2.1 behandelt.

2.2 Aktueller Sachstand zur Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern in Köln hier: Anfrage der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 29. Januar 2013 1457/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt nach, ob die Jugendverwaltung Mittel für 2014 zur Finanzierung von Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern und ihrer Familien eingestellt habe. Sie hält eine frühzeitige und präventive Hilfe für überaus wichtig, daher spricht sie sich für einen Erhalt der bestehenden Projekte aus.

Frau Beigeordnete Reker ist nach derzeitigem Kenntnisstand der Auffassung, dass hierfür bisher keine Mittel eingestellt wurden. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass es sich um wichtige Angebote handelt, die vom Landschaftsverband allerdings von vornherein befristet aufgelegt wurden. Die Nachfrage wird sie zur Beantwortung an die Jugendverwaltung weiterleiten.

RM Frau Schmerbach bittet in diesem Zusammenhang, dass in der Beantwortung der Jugendverwaltung alternative Wege aufgezeigt werden wie dem bestehenden Bedarf an Beratung und Begleitung der Kinder nachgekommen werden könne.

2.3 Neues Nichtraucherschutzgesetz NRW, Ergänzung zur Mitteilung Session Nr. 1003/2013 1685/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Houben bedankt sich für die Beantwortung.

RM Herr Peil merkt an, dass im Rahmen des Nichtraucherschutzes die Friseursalons offensichtlich nicht mit einbezogen wurden. Dort wird nach wie vor weiter geraucht.

SE Herr Dr. Theisohn fragt nach, ob in den persönlichen Wohnbereichen der stationären Pflegeeinrichtungen, analog der Wohnräume in Einrichtungen der Behindertenhilfe, das Nichtraucherchutzgesetz keine Anwendung findet.

Herr Stadtdirektor Kahlen bestätigt dies, sofern es sich um Räumlichkeiten handelt, die abgrenzbar sind und ausschließlich privat genutzt werden.

**2.4 Keine Kurzen für Kurze an Weiberfastnacht 2013
1788/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.5 Bericht über den Abschluss des Vergleichs zum Ausgleich für zu viel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehr
1859/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Houben bedankt sich für den aufschlussreichen Bericht.

RM Herr Peil spricht der Verwaltung ein Lob hinsichtlich der guten und reibungslosen Klärung aus.

SE Herr Steffens fragt nach, wie viele Personen sich nicht an dem Vergleich beteiligt und entsprechend geklagt haben.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass alle dem Vergleich zugestimmt haben, so dass es zu keinem Rechtsverfahren gekommen ist.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Bericht über den Abschluss des Vergleichs zum Ausgleich für zu viel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehr
AN/0579/2013**

siehe TOP 2.5

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

**5.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln (KGK)
1393/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

Herrn Dieter Kesper für den Krankenhauszweckverband Stadt Köln zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz

und

Herrn Sigurd Claus zum stellvertretenden Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz

zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Zusetzung einer Stelle Familienhebamme beim Gesundheitsamt
0837/2013**

SB Frau Houben möchte wissen, wie viele Hebammen insgesamt für das Aufgabengebiet sowohl beim Jugendamt als auch bei der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung stehen.

Frau Dr. Bunte, Leiterin des Gesundheitsamtes, erläutert, dass zwei Hebammen mit jeweils einer halben Stelle bereits seit vielen Jahren beim Gesundheitsamt tätig sind. Aus den Bundesmitteln, die das Jugendamt vereinnahmt, werden vier Stellen bei der freien Wohlfahrtspflege und eine Stelle, auf die sich die Beschlussvorlage bezieht, nach entsprechendem Ratsbeschluss beim Gesundheitsamt eingerichtet.

Beschluss:

Als Folgebeschluss zum Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 12.03.2013 (Ds. Nr. 0543/2013) über die Verwendung der Zuschussmittel, die auf Basis des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) und der daraus entstandenen Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen zur Verfügung stehen, beschließt der Rat die unbefristete Zusetzung von

1,0 Stelle Familienhebamme, VGr. Kr. VI/VII, Fg. 23/22 BAT (EGr. 9 A TVöD-K) beim Gesundheitsamt der Stadt Köln.

Die Deckung des mit der Stelleneinrichtungen verbundenen Mehraufwandes in Höhe von 49.300 € im Teilplan 0701 Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen erfolgt in vollem Umfang durch die pauschalierte Mittelzuweisung des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 50.000 €.

Die Voraussetzungen des § 82 GO NRW sind erfüllt, da sich der mit der Stellenzusetzung verbundene Personalaufwand komplett aus Drittmitteln finanziert.

Die 1,0 Stelle Familienhebamme wird unbefristet eingerichtet, wobei die Besetzung jeweils nur für die Dauer der bewilligten 100 %-Refinanzierung erfolgt.

Alternative:

keine

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln 4241/2012

SE Frau Brunelli weist darauf hin, dass die Versorgung von älteren Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf die Schaffung von kultursensiblen Pflegeplätzen nicht ausreichend in den Fokus genommen worden sei.

SB Frau Houben möchte mehr über die geplanten Gesundheitsstützpunkte in den Kölner Stadtbezirken wissen.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

RM Frau Schmerbach stellt fest, dass das Programm die Vielzahl an Integrationsmaßnahmen in der Stadt Köln eindrucksvoll dokumentiere. Sie weist allerdings darauf hin, dass die Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben, wie beispielsweise illegale Einwanderer, im Maßnahmenprogramm nicht berücksichtigt worden sei.

RM Herr Peil fragt nach, ob das Projekt der Gesundheitslotsen sowie der Gesundheitsstützpunkte in ihrer Wirksamkeit untersucht worden seien.

Die Beigeordnete Frau Reker teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales beschlossen wurde, sämtliche Maßnahmen bis Ende des Jahres in einen Katalog aufzunehmen, der auch eine Prioritätenbildung beinhalten werde.

Das Maßnahmenprogramm sei als eine Form der Bestandsaufnahme zu werten. Darüber hinaus beinhalte das Programm auch Maßnahmen, die von Experten für wichtig erachtet werden, wie beispielsweise die Schaffung von Gesundheitsstützpunkten. Sie gehe davon aus, dass es Mitte des Jahres ein Kommunales Integrationszentrum geben werde, das sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) und dem Interkulturellen Referat zusammensetzen werde. Dadurch werden insgesamt 5,5 Stellen incl. Sachkosten allein im Interkulturellen Referat eingespart. Von den Einsparungen seien auch die Lotsenprojekte betroffen, die es in Zukunft nicht mehr geben werde. Frau Beigeordnete Reker bittet, diese Hintergrundinformationen bei künftigen Beauftragungen der Verwaltung zu berücksichtigen.

RM Frau Gärtner merkt an, dass sie eine Prioritätenliste der Maßnahmen, die neu hinzugekommen seien, für sinnvoll erachte.

Die Beigeordnete Frau Reker erläutert, dass aufgrund des Doppelhaushaltes voraussichtlich keine neuen Maßnahmen realisiert werden können und daher bei den laufenden Maßnahmen eine Priorisierung entbehrlich sei.

SE Frau Brunelli ergänzt, dass aus ihrer Sicht die Maßnahmen, die in Zukunft nicht weiter fortgesetzt werden können, wesentlich mehr von Interesse seien.

SE Herr Steffens möchte wissen, ob die Effektivität der Maßnahmen bestimmt werden könne.

Die Beigeordnete Frau Reker teilt mit, dass die vorhandenen Maßnahmen evaluiert werden, so dass auch Aussagen zur Effektivität getroffen werden können.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt einige Erläuterungen zum Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales sowie zum Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Integrationsrates vom 4. Juni 2013 (*Anlage 1*).

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach fasst sämtliche Hinweise und Anregungen wie folgt zusammen:

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss nimmt das Maßnahmenprogramm zur Kenntnis und bittet um folgende Ergänzung:

1. Die bestehenden Maßnahmen sollen auf ihre Wirksamkeit evaluiert und
2. neue Maßnahmen sollen priorisiert werden.

Darüber hinaus soll

- a. die Versorgung von älteren Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf die Schaffung von kultursensiblen Pflegeplätzen und
- b. die Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben, wie beispielsweise illegale Einwanderer, berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Sirenenkonzept Köln
hier: Dritte Priorität - weiterer Ausbau
4434/2012**

RM Frau Schmerbach fragt an, inwieweit die Verwendung von Sirenen überhaupt noch zeitgemäß sei.

Herr Neuhoff stellt dar, dass die Verwendung von Sirenen im Vergleich zu allen anderen modernen Kommunikationsmitteln wesentlich schneller und flächendeckender zur Warnung der Bevölkerung eingesetzt werden könne. Darüber hinausgehend teilt er mit, dass Vereinbarungen beispielsweise mit Radio Köln getroffen wurden, dass die Leitstelle der Feuerwehr in dringenden Fällen über eine Telefonnummer direkt auf Sendung gehen könne.

SB Frau Barion fragt nach, wie die Sirenen ausgelöst werden.

Herr Neuhoff erläutert, dass die Sirenen über Funk aktiviert werden. Ebenfalls besteht ein Notstromsystem, damit die Sirenen auch bei Stromausfällen zuverlässig aktiviert werden können.

RM Herr Peil und RM Herr Dr. Strahl möchten wissen, welche Unterhalts- und Wartungskosten sowie Planungskosten das Sirenenetz insgesamt verursacht.

Ergebnis der Diskussion:

Als Fachausschuss nehmen die Mitglieder das Sirenenkonzept wohlwollend zur Kenntnis.

Die Ausschussmitglieder bitten um eine Darstellung der Unterhalts- und Wartungskosten sowie der Planungskosten, die ein flächendeckendes Sirenenetz verursacht bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 17.06.2013.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.5 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
1498/2013**

SB Frau Houben möchte wissen, inwieweit es zu Forderungsausfällen im Zuge eines Krankentransports mit dem Rettungswagen kommt und welche Gründe hierfür bestehen.

Die Ausschusmitglieder bitten ergänzend um Beantwortung der Frage, in welchem Umfang Kosten für einen Transport mit dem Rettungswagen nicht erstattet werden bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 17.06.2013.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

**6.1 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln
1137/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Schmerbach würde es begrüßen, wenn die Politik nochmals über den aktuellen Sachstand zum Thema Armutszuwanderung informiert werden würde.

Die Beigeordnete Frau Reker gibt an, dass der Bericht den Ist-Zustand treffend beschreibe und noch vor der Sommerpause eine Fachveranstaltung stattfinden werde, die einen einheitlichen Informationsstand schaffen soll.

RM Herr Dr. Strahl dankt der Verwaltung für die differenzierte Darstellung.

**6.2 Dokumentation der Winterhilfe 2012/ 2013 für wohnungslose Menschen
1547/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Dr. Strahl und SB Frau Houben sprechen der Verwaltung und den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Dienste und Einrichtungen ein besonderes Lob aus.

SE Herr Dr. Theiso fragt nach, ob auch ältere Personen die Winterhilfe in Anspruch genommen haben.

Die Beigeordnete Frau Reker wird die Frage an die Sozialverwaltung mit der Bitte um Beantwortung weiterleiten.

**6.3 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Entwicklung von unterstützenden Angeboten im Regionalen Bildungsbüro für Kölner Schulen auf dem Weg zur Inklusion
1548/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bemerkt, dass in der Aufstellung der beteiligten Institutionen das Schulverwaltungsamt des Landschaftsverbandes fehle.

Frau Albrot, Amt für Schulentwicklung - Regionales Bildungsbüro, gibt an, dass der Landschaftsverband angeschrieben wurde und dass ein Vertreter bzw. eine Vertreterin am Auftakt-Treffen teilnehmen werde.

**6.4 Sicherheit bei Großveranstaltungen
Bericht der Projektgruppe
1765/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.5 Legionellen im Leitungswasser in Chorweiler
2002/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 2*) umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6.6 Teilnahme an mobiler Einsatzleitung in Magdeburg

Herr Stadtdirektor Kahlen berichtet mündlich über die Teilnahme von insgesamt 27 Kölner Feuerwehrleuten und 14 Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr an einem mobilen Einsatz der Bezirksregierung Köln im Hochwassergebiet der Elbe in Magdeburg. In diesem Zusammenhang bedankt Herr Kahlen sich bei den Ausschussmitgliedern für den bisher sehr verantwortungsbewussten und vorausschauenden Umgang mit der Thematik des Hochwasserschutzes in Köln. Dies wurde insbesondere im Hinblick auf die Erfahrungen, die an der Elbe gemacht wurden, deutlich.

6.7 Feuer in einem Neusser Industriebetrieb

Herr Neuhoff berichtet mündlich über einen Brandfall am frühen Morgen des 11. Juni 2013 in Neuss, der in Köln aufgrund der deutlich wahrnehmbaren Gerüche für eine massive Beunruhigung der Bevölkerung und einen umfangreichen Einsatz von Feuerwehrkräften geführt habe. Wie sich erst gegen 14:00 Uhr herausgestellt habe, wurde in einem Neusser Industriebetrieb ein kleinerer Brand von einer betriebseigenen Löschanlage gelöscht. Der Betrieb habe das Umweltamt des Kreises Neuss infor-

miert, die Meldung habe jedoch nicht die Neusser Feuerwehr erreicht. Daher habe erst viel zu spät eine Aufklärung des Vorfalles erfolgen können.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, dass von Seiten der Kölner Feuerwehr nochmals deutlich darauf hingewiesen wurde, dass die zuständigen Feuerwehren über derartige Geschehnisse umgehend in Kenntnis zu setzen seien, damit diese die Feuerwehren der umliegenden Kreise und Städte aufklären können.

RM Frau Gärtner bekräftigt eine lückenlose Informationsweitergabe und erinnert, dass im Zuge der Ursachensuche erhebliche Kosten für die Stadt Köln entstanden seien und bittet, die Möglichkeiten eines Aufwendungsersatzes zu prüfen.

Herr Stadtdirektor Kahlen nimmt die Anregung dankend auf.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Konsequenzen aus vermehrten Stromausfällen im Kölner Stadtgebiet

SB Frau Houben erinnert an die noch ausstehende Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion.

Herr Stadtdirektor Kahlen sagt die Beantwortung der Anfrage für die nächste Sitzung zu.

7.2 Beschäftigtenbefragung der Stadt Köln

RM Herr Dr. Strahl bezieht sich auf einen Bericht des Kölner Stadtanzeigers vom 10. Juni 2013 über eine Studie der Stadt Köln, die sich auf eine Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stützt. Er fragt nach, wann konkrete Ergebnisse der Studie vorliegen.

Herr Stadtdirektor Kahlen gibt an, dass bisher keine Ergebnisse der Studie veröffentlicht wurden. Die Auswertung der zahlreichen Fragebögen dauere noch an und werde im Hinblick auf die Sicherstellung des Datenschutzes sehr sorgsam betrieben. Er weist darauf hin, dass mit Unterstützung des Rates für die Jahre 2013 – 2015 Mittel in Höhe von 930.000 Euro p.a. in den Haushalt eingestellt wurden, um adäquat auf die Ergebnisse der Umfrage reagieren zu können und beispielsweise einen verbesserten Gesundheitsschutz der Beschäftigten zu gewährleisten.

RM Herr Dr. Strahl bittet, die Ergebnisse den Ausschussmitgliedern vor einer Veröffentlichung zur Kenntnis zu geben.

RM Herr Peil ergänzt, dass dem Bericht der Verwaltung auch ein Maßnahmenkatalog beigefügt werden solle, der Aussagen darüber trifft, wie möglichen Problemen begegnet werden könne.

Herr Stadtdirektor Kahlen wird die Hinweise berücksichtigen

7.3 Geschäftsführung der Kommunalen Gesundheitskonferenz

SE Herr Dr. Theisohn erläutert die Relevanz der Kommunalen Gesundheitskonferenz seit Herbst 2012 und macht deutlich, wie wichtig eine zuverlässige Geschäftsführung für die Arbeit der einzelnen Gruppen sei. Die Stelle der Geschäftsführung sei noch nicht wieder besetzt worden. Vor diesem Hintergrund möchte Herr Dr. Theisohn wissen, wann mit einer Wiederbesetzung zu rechnen sei.

Herr Stadtdirektor Kahlen gibt an, dass es bereits personelle Überlegungen hierzu gegeben habe, die sich letztlich jedoch nicht umsetzen ließen. Die Begründung möchte er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Gesundheitsausschusses geben.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, ob die Stelle zur Wiederbesetzung vorgesehen sei.

Herr Stadtdirektor Kahlen bemerkt, dass die Stelle nach wie vor existiere und nicht gestrichen worden sei.

7.4 Belastung durch Elektromog am Niehler Damm

RM Frau Schmerbach möchte wissen, ob durch die Verlegung von elektrischen Kabeln am Niehler Damm eine Belastung für die Bevölkerung entstehen könne.

Die Beigeordnete Frau Reker sagt die Beantwortung schriftlich zu und merkt an, dass die RheinEnergie die Befürchtungen der Anwohner durchaus ernst nehme und Alternativen prüfe.

(Hinweis der Verwaltung: Die RheinEnergie hat die Trassenführung mittlerweile geprüft und neu festgelegt).

7.5 Broschüre - Gesund altern in Köln

Die Beigeordnete Frau Reker weist auf die ausgelegte Broschüre „Gesund altern in Köln“ hin und kündigt eine Mitteilung für die nächste Sitzung an.